

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 189 (2023)

Heft: 10

Artikel: Kalte Dusche

Autor: Knill, Dominik

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1052801>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kalte Dusche

Im Januar 2023 hat der Bundesrat beschlossen, die Armeeausgaben auf ein Prozent des BIP bis 2035 ansteigen zu lassen. Damit soll das Wachstum der Armeeausgaben gedrosselt werden. Sie sollen zwar immer noch von heute 5,5 auf 7,8 Milliarden Franken im Jahr 2030 steigen, aber weniger stark als vom Parlament gefordert. Ohne Zusatzfinanzierung fehlen der Armee bis 2035 zehn Milliarden.



Oberst Dominik Knill
Präsident SOG

Im Voranschlag 2024 werden die Militärausgaben gegenüber der aktuellen Planung um 286 Millionen Franken gekürzt. Für die Jahre 2025 und 2026 ist dann ein jährliches Wachstum von real drei Prozent vorgesehen. Die Kritik aus bürgerlichen und militärischen Kreisen liess nicht lange auf sich warten: Das reiche nicht aus, um die Verteidigungsfähigkeit wie geplant zu stärken oder wiederzuerlangen. Wir haben ein bürgerliches Parlament, das den Budgetvorschlag des Bundesrats anpassen könnte, wenn es denn wollte. Das mehrheitlich bürgerliche Parlament wird in der Wintersession abschliessend über die Erhöhung entscheiden müssen.

Die SOG hat an ihrer Delegiertenversammlung eine verzinsliche Überbrückungsanleihe gefordert, die nach Erreichen des Einprozent-BIP-Ziels rückzahlbar ist. Werner Salzmann, Präsident der SiK SR, hat Mitte Juni eine Motion zur Erhöhung der Armeeausgaben unter Einhaltung des Finanzhaushaltgesetzes eingereicht. Am ersten Tag der Herbstsession wurde er mit seiner Motion von der Finanzministerin, Bundesrätin Karin Keller-Sutter, kalt abgeduscht. Wo blieben hier die überzeugten bürgerlichen Armeeunterstützer im Stän-

derat? Mit der Rückweisung an die Finanzkommission dürfte dieser Vorstoss leider sang- und klanglos untergehen. Parteipolitik kam hier wohl vor Sicherheitspolitik. Was ist nun wichtiger? Eine rechtliche Priorität ist nicht erkennbar, denn beides – der ausgeglichene Finanzhaushalt und die Landesverteidigung – sind in der Bundesverfassung verankert. In diesem Spannungsfeld und politischem Dilemma muss die Armee ihren Auftrag erfüllen.

«Ein Ziel ohne Plan bleibt ein Wunsch», meinte einst Antoine de Saint-Exupéry. Aber ein Plan ohne Budget ist Träumerei.

Die SBB sollen zum Schuldenabbau einen einmaligen Kapitalzuschuss von 1,15 Milliarden Franken erhalten. Das Finanzdepartement scheint bei der SBB weniger auf die (Schulden-)Bremse zu treten. Dieses Risiko gilt es zu vermeiden, wenn schon der schuldenfreien Armee eine ähnliche Querfinanzierung verweigert wird. Die Internationale Zusammenarbeit (IZA) und die Entwicklungszusammenarbeit vertreten den Ansatz einer umfassenden Sicherheitspolitik. Dies ist nachvollziehbar und legitim. Nicht aber, wenn versucht wird, die Mehrausgaben für den Ukraine-Krieg nicht aus dem ordentlichen IZA-Budget zu finanzieren, notfalls unter Umgehung der Schuldenbremse. Die SOG setzt sich entschieden dafür ein, dass Sicherheitspolitik nicht dazu missbraucht wird, das IZA-Budget zu schonen und indirekt das Armeebudget zu schmälern.

Eine Reihe von Putschversuchen und bewaffneten Krisen in West- und Zentralafrika zeigen, dass Unsicherheit, soziale Spannungen und politische Instabilität rasch auf andere Länder übergreifen können. Bewaffnete Konflikte, neue militärische Allianzen zwischen Putschstaaten, globale Machtpolitik und geopolitische Interessenkonflikte schwächen die etablierten regionalen und internationalen Organisationen zunehmend. Es wäre sträflich, angesichts des an-

dauernden Krieges in der Ukraine die wachsenden militärisch-politischen Bedrohungen und sozialen Verwerfungen im globalen Süden zu ignorieren.

Steigende Strompreise und wachsende Krankenkassenprämien, unkalkulierbare Migrationskosten, wachsende Inflation oder zunehmende Mietpreise erhöhen den Druck auf Wirtschaft und Gesellschaft. Das darf aber ebenso wenig von der geplanten Stärkung der Verteidigungsfähigkeit ablenken. Der Armee stehen drei wichtige Legislaturperioden bevor. Der Ukraine-Krieg ist noch im vollem Gange und bereits zeichnet sich eine Art Kriegsmüdigkeit ab. Wenn Solidarität die Nächstenliebe der Staaten ist, dann sind Budgetversprechungen die Solidarität der Politiker.

Kalt erwischt wurden einige Militärexperten im In- und Ausland, die ihre Analysen und Prognosen für den unberechenbaren Krieg ständig korrigieren müssen, um noch einigermaßen glaubwürdig zu erscheinen. Es sei denn, diese Analysen sind so banal, dass man dafür keine Experten braucht, um zu erklären, wie Militär geht. Vergleichbar mit einem Fussballreporter, der den Spielverlauf kommentiert, die Spielregeln grundsätzlich kennt und das theoretische oder tatsächliche Kräfteverhältnis der Mannschaften einzuordnen versucht. Daraus ableiten zu wollen, wer wann und in welcher Spielhälfte Tore schießen wird, ist weder zielführend noch überzeugend.

Wer in der Leo-2-Frage wem die kalte Dusche verpasst, entscheidet die Politik. Hätten sich die Kritiker der Ausserdienststellung einmal in die Hallen der stillgelegten Pz87 begeben und den Zustand der Panzer angesehen, wäre der Widerstand, auch ohne Panzertechniker zu sein, rasch erlahmt. Der Werterhalt von 71 Pz87 auf den Stand 2A7 bis 2035 kostet mehrere hundert Millionen Franken, eine Verbesserung auf den Stand 2A8 ein Mehrfaches. Aufgrund der vorliegenden Konzeption «Zielbild und Strategie für den Aufwuchs der Schweizer Armee» und der fehlenden Finanzen unterstützt die SOG die Ausserdienststellung von 25 Leo 2 zugunsten anderer Systeme für den Fähigkeitserhalt der Bodentruppen. Im Gegenzug erwartet die SOG rasche Verhandlungen mit der deutschen Rüstungsindustrie über die Lieferungen von Nachrüstsätzen und Grosskalibermunition. ■